



EIN PLATZ FÜR DAS „FORUM RECHT“ muss noch gefunden werden. Bettina Limperg, Präsidentin des Bundesgerichtshofs, hat den denkmalgeschützten Schelling-Bau (rechts neben der Grünfläche) in die Überlegungen eingebracht. Foto: artis

Rechts-Residenz wird gestärkt

„Forum Recht“ könnte auf dem Gelände des Bundesgerichtshofs entstehen

Von unserem Redaktionsmitglied
Marcel Winter

Karlsruhe. Im Frühjahr 2016 ließ eine Studie der Europäischen Kommission die Politik, aber noch mehr die deutschen Richter aufhorchen: Im Eurobarometer gaben 38 Prozent der Deutschen an, dass sie der Justiz beziehungsweise dem Rechtssystem ihres Landes eher nicht vertrauen. Dieser Einstellung eines nicht geringen Teils der Bevölkerung wollen Politik und Gerichte nun entgegenwirken: mit mehr Transparenz und Offenheit. Mit dem „Forum Recht“ soll in Karlsruhe ein Informations-, Dokumentations- und Kommunikationszentrum entstehen, das den Rechtsstaat erklärt und erlebbar macht.

In einer Sitzung stellte der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags zunächst 200 000 Euro bereit, um ein Konzept zur Errichtung des Forums zu erstellen. „Die Entscheidung ist damit weitgehend gefallen, dass das ‚Forum Recht‘ in Karlsruhe kommt“, freut sich der Karlsruher Bundestagsabgeordnete Ingo Wellenreuther (CDU), der sich schon lange für das Projekt einsetzt. Unter anderem sein Bundestags-Kollege Axel E. Fischer (CDU) aus dem Wahlkreis Karlsruhe-Land hatte den Impuls gegeben, in der Frage der Finanzierung die Bundesebene einzuschalten.

Die Idee, eine solche Einrichtung in der Fächerstadt zu etablieren, gibt es schon länger. Ein Initiativkreis aus Persönlichkeiten aus Gesellschaft, Politik, Justiz und Medien hatte den Vorschlag schon bei der Bewerbung Karlsruhes 2005 zur Kulturhauptstadt Europas ins Spiel gebracht. Nach dem Scheitern wa-

ren die Pläne jedoch für längere Zeit von der Agenda verschwunden – um sie jetzt, vom Zeitpunkt her eher überraschend, wohl endgültig in die Tat umzusetzen. Den Anstoß soll ein Schreiben des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle, und des Vizepräsidenten, Ferdinand Kirchhof, im September an den Berichterstatter für das Bundesverfassungsgericht im Haushaltsausschuss, Carsten Körber (CDU) gegeben haben, so dass das Ansinnen der Verfassungsrichter nun für das kommende Haushaltsjahr berücksichtigt werden konnte. Dies berichtet der Abgeordnete Klaus-Dieter Gröhler (CDU).

Wellenreuther: Noch keine Standort-Entscheidung

„Die dauerhafte Einrichtung eines solchen Forums stärkt die Stellung Karlsruhes als ‚Residenz des Rechts‘ in Deutschland und bietet eine einmalige Chance, in Karlsruhe eine weltweit beachtete Dauerausstellung über das Modell des deutschen Rechtsstaates in einer eigenen Liegenschaft zu etablieren“, ist Wellenreuther überzeugt. Um welche Liegenschaft es sich konkret handeln soll, vermag der CDU-Politiker noch nicht zu sagen. „Hier müssen sich alle Projektbeteiligten erst mal zusammensetzen“, sagt er – und das sind nicht wenige. Neben der Stadtverwaltung und damit dem Oberbürgermeister sind das Bundesverfassungsgericht, der Bundesgerichtshof und die Bundesanwaltschaft gefragt. „Und natürlich auch der Bund, der das Projekt auf den Weg gebracht

hat“, erinnert Wellenreuther, schließlich werde die Machbarkeitsstudie zunächst einmal aus Bundesmitteln bezahlt. „Eine Entscheidung über den Standort ist noch nicht gefallen“, stellt er klar.

Bei der Stadt und dem Bundesgerichtshof scheinen die Gedankenspiele um einen geeigneten Ort für die Ausstellung, die nach Vorbild des „Hauses der Geschichte“ in Bonn gestaltet sein könnte, indes schon weiter zu sein. Die Präsidentin des Bundesgerichtshofs, Bettina Limperg, habe den nicht mehr genutzten und unter Denkmalschutz stehenden Verhandlungssaal auf dem Gelände des Bundesgerichtshofs in die Überlegung eingebracht, heißt es in einer Pressemitteilung der Stadt. Ähnliches erfährt man auch beim Bundesgerichtshof, der den Schelling-Bau an der Herrenstraße, in dem sich der Sitzungssaal befindet, ohnehin renovieren lassen möchte. Besonderer Reiz des Standortes könnte sein, dass sich in unmittelbarer Nähe, ebenfalls auf dem Gelände des Bundesgerichtshofs auch das Rechtshistorische Museum befindet, das das „Forum Recht“ ergänzen würde.

Ab wann darf mit einem fertigen Forum in der „Residenz des Rechts“, wie Karlsruhe oft genannt wird, gerechnet werden? „Das kommt natürlich darauf an, ob ein bestehendes Gebäude genutzt wird oder ob man einen Neubau möchte“, sagt Gröhler. Er macht aber deutlich, dass es sich zunächst nur um eine Machbarkeitsstudie handelt, die zunächst vergeben werden muss. „Es wird wohl eher 2020 als 2019 werden“, schätzt er. Immerhin will der Initiativkreis die Projektidee noch im November der Öffentlichkeit präsentieren.